

Wolfgang Wiemer

SPD: Schritte aus der Krise

Wir brauchen eine sozialdemokratische Partei, »selbst wenn sie CDU heißt«. Diese einst gute Pointe des Kabarettisten Richard Rogler konnte Angela Merkels Politik nicht vorhersehen. Auf ihre Idee, dass wir »eine marktkonforme Demokratie« benötigten, wäre, hoffe ich, kein Sozialdemokrat gekommen. Andererseits: Obwohl das Godesberger Programm der SPD mit dem pathetischen Hinweis »Das ist der Widerspruch unserer Zeit« beginnt, gehört das Ertragen von Widersprüchen nicht zur Stärke der Sozialdemokraten. So haben wir es heute mit einer SPD zu tun, die vom Nutzen ihrer Regierungsbeteiligung nicht überzeugt ist und deren Verankerung in der Gesellschaft gerissen ist. Schuld sei Sigmar Gabriel, hört man allenthalben, aber seine »Fehler« sind allenfalls ein winziger Bestandteil dessen, was die Krise der SPD ausmacht.

Tatsächlich ist das sozialdemokratische Politikmodell, welches Auswüchse des Kapitalismus unterbinden und durch Neuverteilung der Zuwächse mehr Gerechtigkeit und soziale Sicherheit schaffen konnte, an ein Ende gekommen.

Dass das sozialdemokratische Zeitalter, wie Ralf Dahrendorf vor über 30 Jahren befand, vorbei sei, war nur eine Momentaufnahme. Das »Modell Deutschland« war sozialdemokratisch. Die parlamentarische Demokratie, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Einhegung und Begrenzung des Kapitals durch Gesetze, Betriebsräte, Mitbestimmung, der Versuch, Ungleichheit durch Umverteilung von Zuwächsen und gleiche Bildungschancen zu lindern, mehr individuelle Entscheidungsfreiheit und Freiheit von Not waren erreicht – kurz: die soziale Demokratie schien gesichert. Hinzu kam ein außenpolitisches Konzept, das Frieden, Stabilität und das Streben nach globalen Menschenrechten realpolitisch ermöglichte. Die SPD stellte drei von insgesamt 8 Kanzlern der Bundesrepublik Deutschland und regierte im Bund insgesamt 28 Jahre. Es gab zwölf sozialliberale und sieben rot-grüne Regierungsjahre sowie bisher etwa 9 Jahre, in denen die SPD in einer Großen Koalition unter Führung der CDU regierte bzw. regiert. Was ist, ist also ohne SPD nicht zu erklären. Auch als Opposition hat sie durch den Einfluss über die Länder und durch Einigkeit mit den Gewerkschaften das Land mitgestaltet. In Deutschland und Westeuropa hatte kaum noch jemand »nichts zu verlieren außer seinen Ketten«, bis weit in die Ära Kohl hinein konnte man glauben, mit gerechterer Wohlstandsverteilung und durchlässigerem Bildungswesen, sei eine leistungsorientierte soziale Mobilität erreicht, ein sozialer, menschenfreundlicher Kapitalismus.

Jetzt aber besteht das »Modell Deutschland« aus prekären Arbeitsverhältnissen, zunehmender Armut, großen, abgehängten und desintegrierten Bevölkerungsschichten, entfesselten Kapitalmärkten, wachsender sozialer Ungleichheit, geringer sozialer

Mobilität, Rückkehr des Nationalismus, einer Überlebenskrise der Europaidee und ihrer Institutionen, Wiederaufrüstung und Kriegseinsätzen der Bundeswehr.

Mit der Auflösung des Ostblocks, dem Siegeszug des Internets und der Entfesselung des Finanzkapitals werden die Erfolge der SPD weitgehend revidiert; was politisch und sozial durchgesetzt schien, gerät ins Wanken oder ist schon verloren. Es steht fest, dass die Vermögensungleichheit dramatische Züge annimmt, dass aus dem Versprechen gleicher Bildungschancen nichts geworden ist, dass soziale Mobilität »nach unten« droht und »nach oben« kaum zu haben ist. Wohnen wird zum Luxusgut; es gibt inzwischen eine Stadtflucht der älteren Generationen, weil die Mieten in den Ballungsräumen (nicht nur) für Rentner unbezahlbar werden; es gibt veritable Armut. Der Industrie- und Facharbeiter mit solider Ausbildung, sicherem Job und in Verhandlungs- statt in Befehlsempfängerposition wird ersetzt durch ein Zeitvertrags- und Minijob-Prekariat, durch Freiberufler und (Schein-)Selbstständige, die geringe Einkommen erzielen, während im sogenannten Finanzsektor und bei den Vorständen im Produktionssektor astronomische Vermögen angehäuft werden. Vorstände erzielen ein durch nichts begründbares Supervielfaches der Arbeitnehmereinkommen, das auch nach dem Ausscheiden aus der Verantwortung für Großunternehmen wie etwa VW in beträchtlichem Umfang weitergezahlt wird. Viele Themen für linke Politik, doch leider ist die SPD nicht der Ort, an dem darüber gestritten wird.

Wäre nicht die Wiederentdeckung einer kraftvollen Sozial- und Wohnungspolitik und einer wirksamen Umverteilungspolitik schon ein Schritt? Eine verlässliche, den Lebensstandard angemessen erhaltende Sicherheit bei Krankheit, Erwerbsarbeitsunfähigkeit und im Alter wären wieder Kern sozialer Demokratie. Stattdessen hatte zuletzt der Privatisierungswahn – zufällig regierte gerade ein SPD-Kanzler – sogar die Rente der Privatwirtschaft ausgeliefert, womit sie weder billiger noch sicherer wurde. Die Absenkung des Rentenniveaus auf unter 50 % des letzten Nettolohnes ist für viele unzumutbar; Altersarmut wird schon bald zum Massenphänomen.

Das Gesundheitswesen ist der Privatwirtschaft ohnehin ausgeliefert, steigende Pflichtbeiträge landen jedenfalls nicht bei den Pflegekräften. Die Pflege – bald ein Normalfall in der letzten Phase sehr langer Leben – ist trotzdem schon jetzt unbezahlbar. Das sind offene Felder für Solidaritätspolitik, die Planung von tiefgreifenden Systemänderungen und die Übernahme von Verantwortung für diejenigen, die im aktuellen System keinen Platz mehr finden.

Solidarität entstammt als »Brüderlichkeit« (*fraternité*) den Freiheitsideen der Aufklärung und der Französischen Revolution; sie ist politischer Kampfbegriff und bezeichnet die Übernahme von Verantwortung für andere, auch in der Arbeitswelt. Sie ist eine Zusage auf Gegenseitigkeit, die nicht mehr eingehalten wird. Während reiche Manager, unabhängig von ihrer Leistung, kaum noch verlieren können, schwinden die sozialen Aufstiegschancen. Ein alter Leitspruch der Liberalen würde in dieser Lage zum Fanal linker Politik: Leistung muss sich wieder lohnen! Es war eine sozialdemokratische Vision: eine Gesellschaft, in der ehrliche Leistung durch guten Lohn, soziale Sicherheit und Aufstiegsoptionen gewürdigt wird und den Unterschied ausmacht zwischen höherem oder niederem Wohlstand. Leistung ist das demokratische, nicht an die soziale Herkunft gebundene Vehikel sozialer Mobilität, das den aktuellen

Neofeudalismus, wo die Lebensläufe von Status und Reichtum der Eltern abhängen, überwinden könnte.

Freiheit ist – so Willy Brandt in seiner »Vermächtnisrede« – »das Wichtigste«. Aber die Freiheit hat ein Kommunikationsproblem. Sie ist als Begriff sehr abstrakt und als Realität hierzulande so normal, dass erst ein Mangel an ihr auffiele. Dabei ist sie heftig bedroht – mehr durch neue Monopole als durch terroristische Outcasts und religiöse Fundamentalisten. Im Zusammenhang mit den jüngsten Terroranschlägen sind »unsere Werte« in aller Munde – allerdings nennt niemand sie beim Namen oder diskutiert die Folgen ihres Verlustes. Manchen scheint das öffentliche Alkoholtrinken und das Konsumieren zu genügen, was – mit Verlaub – ein heruntergekommener Freiheitsbegriff ist, aber genau das Verständnis, das den neuen Monopolen recht wäre. Nach linker Tradition bedeutet Freiheit die Freiheit von Not und Unterdrückung und die Freiheit zur eigenen, individuellen Lebensgestaltung, die nur die Freiheit der Anderen und die Verantwortung für »das Ganze« als Grenzen kennt. Ob jemand einen großen oder kleinen Ehrgeiz hat, mit oder ohne Gott, allein oder in Familien bzw. Gemeinschaften lebt, kinderreich oder kinderlos ist, sesshaft oder ständig unterwegs, mit diesen, jenen oder gar keinen Spielarten der Sexualität, frei von Diskriminierung, aber mit dem Recht auf Geheimnisse und eine geschützte Privatsphäre – die Artikel 1-19 des Grundgesetzes garantieren das alles und verlangen im Gegenzug die Toleranz, die Freiheit der Anderen auszuhalten. Darauf täglich zu bestehen, ist eine wieder aktuelle Aufgabe der Linken!

Wie Freiheit erdrosselt wird

Die Rechten gefährden die Freiheit, weil sie völkisch denken, weil sie die Menschen in das Prokrustesbett ihrer politischen Vorstellungen zwingen wollen, individuelle Freiheit ihnen nichts gilt. Religiöse Fundamentalisten mit ihren Kleidungs-, Fasten-, Essens- und Sexvorschriften sind den Völkischen darin gleich. Das bedeutet in dem einen Fall Verfolgung und Diskriminierung aus Gründen wie Herkunft, Rasse und Lebensstil, im anderen aus Gründen wie Religion und Lebensstil.

Neben Fundamentalismus und Rassismus gefährden die Weltverbesserungs-ideologien aus dem Silicon Valley die Freiheit. Wenn es besser ist, dass alle gesund leben, dann sollen alle sich dazu genötigt sehen, ihre einschlägigen Daten offenzulegen und für die »richtige« Lebensweise belohnt, die »falsche« bestraft werden. Viele tragen bereits freiwillig Armbänder und Uhren, die diagnostische Daten an Google weiterleiten. Wenn weniger Risiken besser sind als mehr, sollen Maschinen unerbittlich Risiken vermeiden und freies Handeln von Individuen unterbinden. Wenn besser ist, was bequemer ist, sollten die Konzerne wissen, was jeder gerne kauft, wohin jeder gerne geht, denn dann erhält jeder ein abgestimmtes – also begrenztes – Angebot von Waren und Informationen. Die Blackbox für Autofahrer, die darüber entscheidet, wie hoch die Versicherungsprämien sind, das ferngesteuerte Haus, dessen Energieverbrauch weiter gemeldet wird oder die Abschaffung des Bargeldes gehören in diese Liste. Opfer dieser Art von Weltverbesserung ist stets die individuelle Freiheit. Gegen das scheinbare Zuckerbrot von Unterhaltung und Bequemlichkeit wird zuerst die Technik unverzichtbar gemacht und dann die Freiheit mit Boni, Strafzahlungen oder dem modernen Pranger namens »shitstorm« erdrosselt.

Eine funktionierende Sozialdemokratie würde dagegen kämpfen. So wie sie früher Produkte verboten hat, weil sie z.B. die Atmosphäre zerstören oder krank machen, müsste sie jetzt Geschäftsmodelle verbieten wollen, deren Idee und Konsequenz die Freiheitsberaubung ist!

Während für viele Menschen soziale Sicherheit eine Voraussetzung für ihre Freiheit von Not und zu eigener Lebensgestaltung ist, ist das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit vor Kriminalität und Terror problematischer. Es wäre eine große Aufgabe, dieses darzustellen, auszuhalten und die prekäre Balance immer wieder neu zu finden. Die Einhaltung der Regeln, die das friedliche und freiheitliche Leben in der Gesellschaft ermöglichen, muss linker Politik am Herzen liegen! Niemand versteht, wieso sozialdemokratische Politik nicht offensiv für die Zwecke dieser Regeln wirbt.

Wenn es also Aufgaben für Linke fast ohne Ende gibt, wieso soll das sozialdemokratische Politikmodell am Ende sein? Es liegt daran, dass die Macht anders verteilt ist als noch Ende des 20. Jahrhunderts. Politik kann immer noch manches bewirken, ihr Primat über das Kapital hat sie aber eingebüßt. Dass Finanztransaktionen in Höchstgeschwindigkeit, oft ohne menschliches Zutun und global ablaufen, zeigt, dass eine neuerliche Einhegung und Kontrolle des Kapitals nur international möglich wäre. Viele Instrumente staatlicher Gestaltung und Kontrolle wurden aufgegeben, der Gegensatz von privatem Reichtum und öffentlicher Armut ist monströs und die Ideologie der »schwarzen Null« verschärft die Unfähigkeit des Staates, seine Aufgaben ordentlich zu erfüllen. Wer die Vermögenssteuer aufgibt, die Erbschaftssteuer nicht erhöht, eine Abgeltungssteuer einführt, weil »25 % von X« besser seien als »40 % von Nix« unterschreibt gegenüber dem Finanzkapital politische Kapitulationsurkunden.

Fehler der Vergangenheit unter dem neoliberalen Diktat, neue Machtstrukturen, die Globalisierung und die Internationalisierung stellen linke Politik vor völlig neue Herausforderungen, verlangen neuartige Strategien, neues politisches Handwerkszeug. Eine SPD, die sich diesen Herausforderungen stellt, wird auch wieder spannend. Wenn sie diese aber ignoriert oder sich ihr sogar verweigert, verlöre sie nicht nur weiter an Glaubwürdigkeit, sondern ihren Zweck.



Wolfgang Wiemer

ist Politologe, hat als politischer Referent und Büroleiter in der SPD-Bundtagsfraktion und beim SPD-Parteivorstand gearbeitet und war von 1998 bis 2006 Pressechef des Deutschen Bundestages.

wolfgang.wiemer@gmx.de

Marc Saxer

Das linke Lager im 21. Jahrhundert

Etwa ein Jahrzehnt nach der Finanzkrise wird der Kapitalismus von weiteren existenziellen Krisen erschüttert. Angesichts solcher Herausforderungen wie dem Klimawandel oder dem Neofaschismus scheint das »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama) zu früh ausgerufen worden zu sein. Andererseits suggeriert das »befremdliche Über-